PB.I-01-610-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Maximilian Gercke (KV Hamburg-Nord)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 609 bis 612:
von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir wissen, dass ~~dafür~~für eine solche umfassende Abrüstungsinitiative zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer polnischen und baltischen Bündnispartner, sowie eine gemeinsame NATO-Position im Mittelpunkt stehen müssen. Gleichzeitig wollen wir darauf drängen, dass Abrüstungsinitiativen der NATO auch von russischer Seite erwidert werden. Denn nur wenn es auf allen Seiten zur Erhöhung der Transparenz, zur Reduzierung der einsatzbereiten Atomsprengköpfe und zur Anpassung gefährlicher Doktrinen kommt, kann Sicherheit für alle erhöht und der Weg hin zu "Global Zero" erfolgreich beschritten werden.

Begründung

Im aktuellen Entwurf kann der Eindruck entstehen, dass einseitige Abrüstung der NATO bereits mehr Sicherheit bringt. Europäische Sicherheit wird aber nur dann gestärkt, wenn auch auf russischer Seite abgerüstet wird. Leider hat die russische Führung in den letzten Jahren das Gegenteil getan und die nuklearen Fähigkeiten massiv ausgebaut. Ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Abrüstung auf beiden Seiten sollte daher unbedingt ergänzt werden. Dies könnte helfen, der möglichen Kritik im Wahlkampf zu begegnen, dass es sich beim grünen Wahlprogramm um ein sicherheitspolitisch naives Programm handelt, das zwar keinerlei Illusionen bezüglich der Natur des russischen Regimes hegt, aber die Realität russischer Aufrüstung verkennt. Außerdem gilt es, keinerlei Zweifel an der "Bündnisfähigkeit" zu säen. So richtig es ist, im Rahmen der NATO auf mehr Abrüstung zu drängen, so wichtig wird es sein, dass es nicht zu deutschen Alleingängen kommt. Insbesondere angesichts der volatilen internationalen Lage können solche Sonderwege die NATO als wichtiges Bollwerk gegen eine Renationalisierung internationaler Sicherheit beschädigen.

weitere Antragsteller*innen

Ingo Henneberg (KV Freiburg); Marcel Ernst (KV Göttingen); Andrej Ferdinand Novak (KV Forchheim); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Tarek Alexander Sorg (KV Berlin-Kreisfrei); Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Sebastian Pewny (KV Bochum); Manfred Ostermeier (KV Straubing-Bogen); Michael Merkel (KV Bochum); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Marcel Rohrlack (KV München); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Claudio Struck (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Bunde (KV Berlin-Pankow); Sarah Brockmeier (KV Berlin-Pankow); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Amelie Overmann (KV Berlin-Mitte); Marcel Duda (KV Hildesheim); Ellen Ueberschär (KV Berlin-Mitte); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf); Luiz Ramalho (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Michael

Froneberg (KV Berlin-Mitte); Tim Thies (KV Berlin-Neukölln); Julia Schmenk (KV Koblenz); Viola von Cramon (KV Göttingen)